

2535/J XXI.GP

Eingelangt am: 06. 06. 2001

### **Anfrage**

des Abgeordneten Dobnigg  
und GenossInnen  
an den Bundesminister für Inneres  
betreffend die Schließung der KFZ - Werkstätte der BPD Leoben

Laut einem Schreiben des BMI von Mitte April dieses Jahres an die Personalvertretung der BPD Leoben ist die Schließung der KFZ - Werkstätte bei der BPD Leoben vorgesehen. Von dieser Maßnahme wären bei der Bundespolizeidirektion Leoben 1 Bediensteter der Sicherheitswache und 2 Bedienstete aus dem Bereich der Sicherheitsverwaltung betroffen. Die Bediensteten leisten hervorragende Arbeit und betreuen neben 38 eigenen auch 64 Dienstfahrzeuge der Gendarmerie, zur vollsten Zufriedenheit aller.

Neben den hohen Qualitätsstandards entspricht der Standort Leoben aber auch den Kriterien von Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit und arbeitet nachweislich wirtschaftlich rentabel. Bei einer Schließung der KFZ - Werkstätte Leoben würden sich für das BMI keinerlei Einsparungen ergeben, sondern es würde zu Mehrkosten in Millionenhöhe kommen.

Für den Standort Leoben spricht weiters auch die optimale geographische Lage, so dass bei objektiver Betrachtung wohl niemand ein Zusperrern der modernst eingerichteten KFZ - Werkstätte Leoben verstehen würde.

Deshalb stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Inneres nachstehende

### **Anfrage:**

1. Gibt es von Seiten ihres Ministeriums das Bestreben, die KFZ - Werkstätte der Bundespolizeidirektion Leoben zu schließen?
2. Wenn ja, wann soll die geplante Schließung wirksam werden?
3. Welche Gründe gibt es für einen derartigen Schließungsplan?

4. Welche soziale und berufliche Absicherungsmaßnahmen gibt es für die betroffenen Mitarbeiter?
5. Sprechen nicht die Fakten der hohen Wirtschaftlichkeit, der besten Qualität der geleisteten Arbeit und der optimalen geographischen Lage für die Aufrechterhaltung des Standortes Leoben?
6. Wäre nicht die Schließung des Standortes Leoben mit erheblichen Mehrkosten für Polizei und Gendarmerie verbunden und wie ist das mit dem Prinzip einer sparsamen Verwaltung zu vereinbaren?